

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [EU-Parlamentspräsident Tajani fordert „Marshallplan“ für Afrika und Reform der EU](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Natürliche Alternativen zu chemischen Pestiziden: EU-Abgeordnete fordern raschere Zulassung](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Ergebnisse des Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“](#) 3
- [Ergebnisse des Rat „Umwelt“](#) 4

Europäische Kommission

- [Europäisches Semester: Wirtschaftliche und soziale Fortschrittsanalyse der Mitgliedsstaaten durch die Kommission](#) 4
- [Kommission übt Kritik an der mangelnden Nachhaltigkeit der österreichischen Pensions- und Gesundheitssysteme](#) 5

Sonstiges

- [Inflationsrate im Euro-Raum steigt weiter](#) 5

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 6

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Tagesordnungen der Institutionen

Impressum und Abbildungsverzeichnis

7

8

8

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

EU-Parlamentspräsident Tajani fordert „Marshallplan“ für Afrika und Reform der EU

Am 23. und 24. Februar traf sich EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsidenten Joachim Gauck in Berlin. Im Vordergrund der Gespräche stand die humanitäre Situation in Libyen.



Nach Informationen der EU-Grenzschutzagentur Frontex in Libyen warten hunderttausende Migranten auf die Überfahrt nach Italien, und die Fluchtbewegungen aus Westafrika an die libysche Küste lassen nicht nach. Tajani forderte deshalb bei seinem Antrittsbesuch als neuer EU-Parlamentspräsident in Berlin Auffanglager für Flüchtlinge in Libyen und ähnlich wie die Bundesregierung einen Marshallplan für Afrika. „Man muss Mittel zur Verfügung stellen, dass die Menschen dort ein paar Monate oder Jahre in Würde leben können. Auffanglager dürfen keine Konzentrationslager werden“, betonte der Italiener. Dabei stellt er auch die Forderung nach einem „Marshallplan mit Afrika“ in Milliardenhöhe auf. Dieser sollte eine Ausbildungs-Initiative, die Modernisierung der Landwirtschaft und Joint Ventures, also Gemeinschafts-Unternehmen mit zwei oder mehr Partnern umfassen. „Entweder

wir handeln jetzt oder es werden in den kommenden 20 Jahren Millionen Afrikaner nach Europa strömen“, so Tajani. Des Weiteren bekräftigte der Parlamentspräsident in Hinblick auf das 60-jährige Jubiläum der Römischen Verträge, dass sich die EU-Institutionen bürgernäher zeigen und effizienter arbeiten müssen. So werde das Europäische Parlament zukünftig eine zentrale Rolle gegen populistische Kräfte einnehmen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Natürliche Alternativen zu chemischen Pestiziden: EU- Abgeordnete fordern raschere Zulassung

Das EU-Parlament hat am 15. Februar eine Entschließung verabschiedet, in der es die Kommission dazu auffordert, bis Ende 2018 einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, um den Bewertungs-, Zulassungs- und Eintragungsprozess von Pestiziden biologischen Ursprungs mit geringem Risiko zu beschleunigen.

Chemische Pestizide sind zwar effektiv, stehen jedoch unter Verdacht, der Umwelt oder der Gesundheit des Menschen zu schaden. Nach Angaben der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) enthalten rund 45% der in EU/EWR-Ländern genommenen Lebensmittelproben Pestizidrückstände (bei 1,6% der Proben überschreiten die Pestizide die gesetzlichen

Grenzwerte). Das Parlament möchte die Verwendung von Pestiziden mit geringem Risiko fördern und deren Genehmigungsverfahren beschleunigen.

[Mehr Informationen](#)

Rat der Europäischen Union

Ergebnisse des Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“

Der Rat der Energie-MinisterInnen am 27. Februar stand im Zeichen der Energy Union Strategy der EU bis 2030.

Die Herausforderung besteht darin, das Ziel monetärer Vorteile für die KonsumentInnen, die Klima- und Energieziele insbesondere mit Blick auf das Abkommen von Paris sowie die jeweiligen Eigeninteressen der Mitgliedsstaaten auf dem Energiesektor miteinander abzugleichen. In diesem Zusammenhang fordert Österreich eine Anrechnung bisher getätigter Maßnahmen bei der Herstellung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Rahmen der Energie-

strategie. Insbesondere da andere Staaten in diesen Bereichen noch erheblichen Nachholbedarf vorweisen. So befürchten etwa die Visegrad-Staaten durch den neuen europäischen Energiemix eine Benachteiligung ihres Kohlesektors.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Ergebnisse des Rat „Umwelt“

Am Dienstag trafen sich EU-UmweltministerInnen in Brüssel zu Diskussionen u.a. über die Revision des Emissionshandelssystems (ETS) zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen.

Das Treffen galt als Vorbereitung für den Rat der Staats- und Regierungschefs im Juni. In Bezug auf die Revision des Emissionshandelssystems konnten sich die MinisterInnen laut dem maltesischen Umweltminister Herrera auf eine gemeinsame Verhandlungsposition einigen. So soll der Inhalt des Kommissionsvorschlages im Wesentlichen unverändert bleiben. Des Weiteren wurden praktische

Umsetzungsmöglichkeiten der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung erörtert.

[Mehr Informationen](#)

Europäische Kommission

Europäisches Semester: Wirtschaftliche und soziale Fortschrittsanalyse der Mitgliedsstaaten durch die Kommission

Die Kommission hat am 22. Februar zum wirtschaftlichen und sozialen Ist-Zustand in den Mitgliedsstaaten Stellung genommen.

In den vergangenen 12 Monaten haben viele EU-Länder weitere Fortschritte bei der Bewältigung der größten wirtschaftlichen Herausforderungen erzielt. Die Analyse der Kommission zeigt, dass die Strategie aus Investitionsförderung, Strukturreformen und verantwortungsvoller Haushaltspolitik Erfolge zeitigt und die Spätfolgen der Wirtschaftskrise sowie strukturelle Schwächen in den europäischen Volkswirtschaften beseitigt. Aus den Länderberichten geht hervor, dass die

Arbeitslosenquoten dank der wirtschaftlichen Erholung in den meisten Mitgliedstaaten gesunken sind, aber nach wie vor über dem Stand von vor der Krise liegen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission übt Kritik an der mangelnden Nachhaltigkeit der österreichischen Pensions- und Gesundheitssysteme

In diesen Bereichen bestehe dringender Reformbedarf. Lobend erwähnt die Kommission große Fortschritte bei der Unterbringung und Integration (insb. Sprach- und Orientierungskurse) von Flüchtlingen in Österreich.

Positiv erwähnt werden hier insbesondere die Sozialpartnerinitiativen zur Integration. Im schulischen Bildungsbereich liegt Österreich jedoch abgesehen vom positiv beurteilten dualen Ausbildungssystem laut Länderbericht nur im Durchschnitt. In Bezug auf das Finanzausgleichsgesetz 2017 stellt die Kommission Fortschritte fest. Dieses sei aber noch immer zu komplex und gibt zu wenig Anreiz für Kosteneffizienz. Eine bessere Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden könnte die Effizienz noch wesentlich steigern.

[Mehr Informationen](#)

Sonstiges

Inflationsrate im Euro-Raum steigt weiter

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Januar 2017 bei 1,8 %, gegenüber 1,1 % im Dezember 2016. In der Europäischen Union lag sie im Januar 2017 bei 1,7 %, nach 1,2 % im Monat davor. Anfang 2016 hatte sie jeweils 0,3 % betragen. Im Januar 2017 wurden die niedrigsten jährlichen Raten in Irland (0,2 %), Rumänien (0,3 %) und Bulgarien (0,4 %) gemessen. Die höchsten in Belgien mit 3,1 %

sowie Lettland und Spanien mit jeweils 2,9 %. In diesen Zeitraum betrug die Inflationsrate in Österreich 2,1 %.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

STATUS DER KONSULTATION: OFFEN

Öffentliche Konsultation zur Umsetzung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits

Schwerpunkte Handel

Konsultationszeitraum 8 Dezember 2016 - 3 März 2017

Öffentliche Konsultation zum Funktionieren der gegenseitigen Amtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Steuern

Schwerpunkte Steuern, Zoll

Konsultationszeitraum 30 November 2016 - 8 März 2017

Öffentliche Konsultation der Interessenträger – Zwischenbewertung der im Rahmen von Horizont 2020 gegründeten gemeinsamen Unternehmen

Schwerpunkte Forschung und Innovation

Konsultationszeitraum 8 Dezember 2016 - 10 März 2017

Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
Schwerpunkte Handel

Konsultationszeitraum 21 Dezember 2016 - 15 März 2017

Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt

Schwerpunkte Verkehr

Konsultationszeitraum 14 Dezember 2016 - 15 März 2017

Public consultation on the capital markets union mid-term review 2017

Schwerpunkte Kapitalmarktunion

Konsultationszeitraum 20 Januar 2017 - 17 März 2017

Halbzeitbewertung der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 über Ausgaben im Bereich Lebens- und Futtermittel

Öffentliche Konsultation zur Sonderregelung für Kleinunternehmen gemäß der MwSt-Richtlinie

Schwerpunkte Zoll, Steuern

Konsultationszeitraum 20 Dezember 2016 - 20 März 2017

Öffentliche Konsultation über das endgültige Mehrwertsteuersystem für den grenzüberschreitenden EU-Handel (B2B-Lieferungen von Gegenständen)

Schwerpunkte Zoll, Steuern

Konsultationszeitraum 20 Dezember 2016 - 20 März 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Industrie und KMU			
Innovation, Meeresressourcen, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Ernährung, Forschung, Umwelt, Nanotechnologie, Gesundheit, Biotechnologie, Verkehr, ICT, Bildung, Infrastrukturen	HORIZON 2020 DEDICATED SME INSTRUMENT 2016-2017	15/02/2017 - 03/05/2017 - 06/09/2017 - 08/11/2017 - 18/01/2017 - 06/04/2017 - 01/06/2017 - 18/10/2017	€ 682.121.702
Innovation, Plattformen, Cluster	INNOVATION SUPPORT TO SMES	08/03/2017 - 18/10/2017 - 04/04/2017 - 07/09/2017 - 28/03/2017	€ 33.600.000
Kreislaufwirtschaft, Wasser, Intelligente Spezialisierung, organische Abfälle	SPIRE: INDUSTRY 2020 IN THE CIRCULAR ECONOMY	19/01/2017 - 07/03/2017 - 05/09/2017 - 27/10/2016 - 04/05/2017	€ 365.500.000
Öffentliche Verwaltung, Zusammenarbeit	CO-CREATION FOR GROWTH AND INCLUSION	02/02/2017	€ 9.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Franz-Josef Hausberger, BA

Abbildungsverzeichnis

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/20170223STO63888/tajani-in-berlin-europe-should-not-allow-itself-to-be-torn-apart>

<http://www.bundespraesident.de/DE/Bundespraesident-Joachim-Gauck/bundespraesident-joachim-gauck-node.html#-gallery>